

## Zusammenfassung der Ergebnisse des Werkstattgesprächs

Am 8. Mai 2006 nahmen 12 Lokaljournalisten/innen von Printmedien und Fernseh- und Hörfunkredaktionen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands auf Einladung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Berlin an einem Werkstattgespräch teil, um sich über das Auftreten von Rechtsextremismus im lokalen Umfeld und die Arbeitsbedingungen von Medienvertretern/innen vor Ort auszutauschen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt.

In ihren einführenden Worten, wies Ingrid-Barbara Simon, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend darauf hin: „Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für unsere Demokratie. Deshalb ist es so wichtig, das politische und gesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz hier in Deutschland zu stärken und extremistischen Kräften von vornherein keinen Raum zur Entfaltung zu geben. Gerade die Medien – und insbesondere die lokalen, die über das Geschehen vor Ort berichten – leisten mit ihrer Berichterstattung dazu einen wichtigen Beitrag.“ Diese Berichterstattung müsse kritisch, dabei sachorientiert und differenziert sein – eine Berichterstattung, die sich auch mit Hintergründen und Ursachen auseinandersetze. Dabei sei jedoch zu bedenken, dass interne Strukturen und Funktionsweisen rechtsextremer Organisationen heute kaum noch überschaubar seien und in den Redaktionen oftmals die Zeit für gründliche Recherchen fehle. Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sei das Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ ein besonderes Anliegen – in diesem Zusammenhang sei vor allem auf das seit 2001 und bis Ende 2006 laufende Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ hinzuweisen. Aus diesem Grund sei das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch daran interessiert, die Vertreter/innen der lokalen Medien durch Veranstaltungen wie diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund gab Toralf Staud, freier Journalist und Autor des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg

der NPD“, zunächst einen Überblick über die Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus. Dabei betonte er, dass sich die Strategien insbesondere dahingehend geändert hätten, dass „die neuen Rechten“ nicht mehr so offensichtlich an ihrem Auftreten und Aussehen erkennbar seien. Aber auch die Ideologie habe sich gewandelt hin zu einem Schwerpunkt der Selbstdarstellung als „soziale Bewegung“ mit einem eher „sozialistischen“ Programm, das jugend- und subkulturell geprägt sei. „Modern“ seien vor allem die kulturellen Strategien, zudem sei die NPD stärker kommunalpolitisch engagiert und nehme hier eine breite, eher opportunistische Themenwahl vor. Als Propagandastrukturen würden hauptsächlich sogenannte „Kameradschaften“ genutzt, die weniger kontrollierbar seien und im Unterschied zu Parteien nicht verboten werden könnten. Im Umgang mit Rechtsextremisten sei zudem zu bedenken, dass das Gegenteil von „rechts“ nicht „links“, sondern „demokratisch“ sei. Nur mit diesem Verständnis sei es möglich, dass die demokratischen Parteien gemeinsam agierten und sich nicht (wie von der NPD gewollt) auseinander dividieren ließen.

Dr. Hauke Hartmann, Leiter des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung, stellte im Anschluss die Forschungsergebnisse der (Teil-)Untersuchung „Rechtsextremismus und Fernsehen – Wie berichten Journalisten?“ vor. Der Untersuchung zufolge grenzen die Medien Rechtsextreme moralisch aus, indem sie sich oft mit der Feststellung begnügen, ihre Ansichten seien „abnorm“. Medien berichten reaktiv – meist aus Anlass aktueller Vorfälle – und nicht kontinuierlich über rechtsextreme Tendenzen. Sie dramatisieren, stereotypisieren und überhöhen damit die Wirkung der Rechtsextremen in der Öffentlichkeit. Zudem betrachten sie den Rechtsextremismus als komplexes Ganzes, dem sich nur schwer genähert werden kann. Dieses Vorgehen entspreche, so Dr. Hartmann, nicht dem Idealbild einer kritischen, aber sachorientierten und differenzierten Berichterstattung und diene nicht der Information, die Grundlage für einen adäquaten Umgang mit dem Phänomen wäre.

Zusammenfassend wurden folgende vier Punkte, die auf eine eher defizitäre und ungenügende Form der Medienberichterstattung über Rechtsextremismus hinweisen, festgehalten:

- Sehr oft wird aus einer moralisch eher überlegenen Position heraus ausgegrenzt und sich nicht mit den Argumenten auseinandergesetzt.
- Medien – wie auch Politik und Öffentlichkeit – legen eine reaktive Haltung an den Tag.

Was fehlt, ist eine kontinuierliche Berichterstattung.

- Die Darstellungsweise von rechtsextremen Tätern und Wortführern ist oftmals zu stereotypisch und emotional aufgeladen.
- Rechtsextremismus wird als monolithische Einheit verstanden und es wird zu wenig nach den einzelnen Ideologemen differenziert; dadurch wird das Phänomen des Rechtsextremismus oftmals unverständlich.

Am Nachmittag diskutierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen anhand von Beispielen journalistischer Arbeit über Möglichkeiten des medialen Umgangs mit dem Rechtsextremismus. Dabei ging es um die Frage, ob die NPD eine „normale“ Partei ist, um Formen und Aussagen medial vermittelter Bilder bei der Fernsehberichterstattung, den Umgang mit Rechtsextremisten als Talkshow-Gäste sowie mit Presseerklärungen, Reden und Veranstaltungen von Rechtsextremisten. Eine wichtige Quintessenz dabei war, dass die NPD als Partei zwar verfassungsfeindlich, aber nicht verfassungswidrig ist. Daher müssten sich die Medien mit ihr auseinandersetzen. Da die NPD aber keine „normale“ Partei sei, dürfen die Medien dementsprechend auch nicht normal mit ihr umgehen. Die Argumente der NPD seien antichristlich, heidnisch und pseudowissenschaftlich, aber immer noch nationalsozialistisch, rassistisch und antisemitisch. Die NPD entziehe sich den Regeln der demokratischen Diskussionskultur, die von den Vertretern/innen aller anderen Parteien eingehalten würden. Ausgehend von den gezeigten Videosequenzen entwickelten die Teilnehmer/innen Strategien für den künftigen Umgang mit Rechtsextremisten, z.B. in Interviews oder Talkshows.

Zum Abschluss gaben die Teilnehmer/innen dem BMFSFJ Hinweise und Empfehlungen zur Umsetzung künftiger Veranstaltungen, zu Arbeitsformen und Inhalten:

- Weitere Veranstaltungen zum Umgang mit dem Thema wurden grundsätzlich gewünscht, auch um den Erfahrungsaustausch zu erweitern und fortzuführen.
- Einladungen sollten dem Tagesgeschäft des Lokaljournalismus entsprechend eher kurzfristig erfolgen und die Anmeldefrist dürfe nicht zu weit vor dem Termin enden.
- Am effektivsten wurde ein Einladungsprozess über e-mail eingeschätzt (am besten an die persönlichen e-mail-Adressen oder wenn dies nicht geht, allgemein an die Redaktionen). Information über die Veranstaltung sollten zusätzlich über die Portale [www.jonet.org](http://www.jonet.org) und [www.drehscheibe.org](http://www.drehscheibe.org) verbreitet werden.

- Mehrere Teilnehmer/innen sprachen sich für eine stärkere Trennung nach verschiedenen Medien aus. Andere betonten dagegen, dass in einer gemeinsamen Veranstaltung für Vertreter/innen unterschiedlicher Medien, auch verschiedene Potenziale lägen, die dann verloren gingen. Es könnten einzelne thematische Schwerpunkte gesetzt werden (z.B. anhand der Literaturliste von Toralf Staud).
- Eine regionale Ausrichtung (Nord/Süd/Ost/West) würde den Vernetzungseffekt für Journalisten/innen stärken und den Zeitaufwand verkürzen. Zudem könnte der lokale Bezug, z.B. vor Landtagswahlen, besser berücksichtigt werden.
- Seitens des MDR Leipzig wurde ein großes Interesse an entsprechenden Schulungsveranstaltungen für Journalisten/innen zum Thema Rechtsextremismus signalisiert. Es wurde angeboten, eine solche Veranstaltung im Haus des MDR in Leipzig durchzuführen.